

Am 16. Mai in Berlin:

Krise und Kapitalismus bekämpfen!

Es ist unterstützenswert, wenn der *Deutsche Gewerkschaftsbund* am 16. Mai in Berlin gegen die Krise demonstriert. Eine breite Mobilisierung ist nötig, um klar zu machen, dass die VerursacherInnen für die Krise zahlen sollen und nicht die abhängig Beschäftigten.

Nach der Bundestagswahl im September wird die Regierung ihre Rechnung präsentieren. Für die Gelder zur Rettung des Bankkapitals und der UnternehmerInnenprofite werden dann die Lohnabhängigen zahlen.

In dieser tiefen Krise zeigen Banken- und Konzernpleiten: Das Kapital ist unfähig, die Wirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit zu leiten. Deshalb dürfen die Produktionsmittel nicht länger im Privateigentum einer verschwindend kleinen Minderheit bleiben. Jahrelang predigten die Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne, es sei kein Geld da. Mit der Begründung haben sie die Ausgaben für soziale Belange drastisch gekürzt. Heute schmeißen sie Hunderte Milliarden Euro den Banken und Konzernen hinterher. Das belegt die völlige Verantwortungslosigkeit und Unglaubwürdigkeit der herrschenden politischen Kaste.

Nur wenn in Berlin sehr, sehr viele Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gehen, wird das von den Herrschenden als eine ernste Warnung verstanden. Nur dann werden sie sich zweimal überlegen, ob, bzw. in welchem Maße sie uns für ihre Wirtschaftskrisenbluten lassen

wollen. Deshalb muss alles dafür getan werden, um aus der Demonstration in Berlin einen vollen Erfolg zu machen.

Kampfansage an Regierung und Kapital ist nötig

Am 16. Mai ist eine Kampfansage an Regierung und Kapital erforderlich. Leider weist das Motto des DGB auf das Gegenteil hin. Wer einen „Sozialpakt für Europa“ fordert, bittet bei den Herrschenden um Kooperation. Es steht zu befürchten, dass die Gewerkschaftsvorstände am 16. Mai nicht mehr planen als Kettenrasseln und Dampfablassen. Ziel muss es aber sein, durch eine gute Mobilisierung den Beteiligten Mut zu machen, ihre Wut über die Ignoranz und Unverschämtheit der Herrschenden in die Betriebe zu tragen!

Die Ursache der Krise ist das Streben nach immer höherem Profit, das dem kapitalistischen System innewohnt. Wir brauchen keinen „Sozialpakt für Europa“, sondern wir müssen gegen das Kapital, welches Betriebe schließt und Massenentlassungen durchführt, den Klassenkampf organisieren. Wer die Krise bekämpfen will, muss sein Handeln gegen den Kapitalismus richten.

Kämpferischer Block

Es wäre völlig falsch, wegen der laschen Haltung des DGB nicht nach Berlin zu fahren. Es wäre aber auch völlig falsch, nur kopflos in der Demo mitzulatschen. Unter einer kämpferischen Beteiligung an der DGB-Demonstration verstehen wir einen eigenen lautstarken Block der kritischen Linken und klassenkämpferischen GewerkschafterInnen.

Für seinen Inhalt schlagen wir vor:

- **Verbot von Entlassungen in den Betrieben durchsetzen!**
- **500 Euro Eckregelsatz!**
- **10 Euro Mindeststundenlohn lohnsteuerfrei!**
- **30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Enteignung der Banken und Versicherungen!**

Bossnapping in Frankreich: Große Sympathien für radikale Aktionen

Seit einigen Monaten kommt es in Frankreich vermehrt zum Festsetzen von Geschäftsführern, die Massenentlassungen vornehmen wollen. Sie werden in ihren Büros eingesperrt, die Türen von außen verrammelt und der Betrieb besetzt.

Allein seit Mitte März kam es zu entsprechenden Aktionen bei *Caterpillar*, *Sony*, *3M*, *FM Logistics*, *Scapa*, *Molex* und kürzeren Aktionen wie etwa die einstündige Festsetzung des Milliardärs Pinault (Besitzer des Handelskonzerns PPR) in seinem Taxi.

Die Aktionen führten entweder zu finanziellen Zugeständnissen bei Abfindungen (Verdoppelung bei *Scapa*; *Sony* zahlt jetzt 45 000 € pro Person usw.) oder die Zahl der Entlassungen wurde reduziert. Die kleinen Teilerfolge haben natürlich anderen Mut gemacht und auch die Demolierungsaktion in der Präfektur von Reims durch die KollegInnen von *Continental Clairvoix* trifft auf große Sympathien in anderen Betrieben.

Keine isolierten Aktionen

Die Aktionen sind alles andere als isolierte Kommandoaktionen. Weder haben die festgesetzten Manager Strafanzeige erstattet, noch haben die Geschäftsleitungen bei den Besetzungen die Staatsgewalt zur Räumung gerufen. Für beide Fälle rechnen sie nämlich mit einer dramatischen

Verschärfung der sozialen Spannungen und sie wollen kein Öl ins Feuer gießen. Nur nach der Teildemolierung der Präfektur in Reims hat Sarkozy mit juristischen Konsequenzen gedroht. Ob es dazu kommen wird, hängt natürlich vom Ausmaß der Solidarisierung ab. Hier könnten auch die KollegInnen von *Continental* in Deutschland ein Zeichen setzen, schließlich führen sie einen gemeinsamen Kampf.

Selbst die FAZ sieht die „Geiselnahmen“ als Ausdruck für die explosiven Sozialbeziehungen in Frankreich. Dort sympathisiert die Hälfte der Bevölkerung mit solchen Aktionen, bei den ArbeiterInnen sind es weit mehr. Selbst 40 % der leitenden Angestellten und Selbstständigen akzeptieren diese Aktionen als „soziale Kampfmaßnahmen“. Viele

ManagerInnen haben bereits einen Schlafsack und Waschsachen in ihrem Büro deponiert.

Beim heutigen Stand der Kräfteverhältnisse würden vergleichbare Aktionen in der BRD sofort als „Terrorismus“ gebrandmarkt werden und zu einer scharfen Distanzierung der Gewerkschaften führen (dabei sind nach unserem Verständnis Massenentlassungen Terror). Doch solche Kampfformen werden nicht an der französisch-deutschen Grenze haltmachen. Erster Verbote einer gewissen Radikalisierung ist der mittlerweile beendete und erfolgreiche Hungerstreik von sieben Leiharbeitern bei VW Hannover.



Foto: Ruth Livingstone, sxc.hu

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten.



Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

treten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Kontakt und Info:

RSB/IV.Internationale – Bundesbüro
Postfach 102610, 68026 Mannheim
Telefon/Fax: +49 (0)621 - 15 64 046

Ich möchte:

- das kostenlose Infopaket des RSB bestellen.
- den RSB in meiner Nähe kennenlernen.
- mich an Aktivitäten des RSB beteiligen.
- ein kostenloses Probeabo der RSB-Zeitung.

Name

Adresse



eMail

buero@rsb4.de

www.rsb4.de

RSB Revolutionär Sozialistischer Bund / IV.Internationale